

Weggeworfen: Luxemburgs Lebensmittel und politische Verantwortung

Seit der Gründung von Foodsharing Luxembourg im Jahr 2019 verfolgen wir aufmerksam wie die Regierung gegen Lebensmittelverluste und -verschwendung vorgeht, legen regelmäßig unsere politischen Forderungen zu dessen Reduzierung vor und beobachten, welche Maßnahmen sie ergriffen hat – oder auch nicht. Wir begrüßen zwar, dass die Regierung das Problem überhaupt anerkennt, doch die Maßnahmen im Nationalen Aktionsplan für ein nachhaltiges Ernährungssystem 2026–2030 vom 2. April bleiben weit hinter dem Notwendigen zurück. Statt verbindlicher Maßnahmen setzt die Regierung vor allem auf Sensibilisierung. An diesem kritischen Punkt fragen wir uns, warum es keinen politischen Willen gibt, Lebensmittelverluste und -verschwendung konkret zu bekämpfen? Derzeit fehlt ein eigenständiges Gesetz gegen die Lebensmittelverschwendung vollständig. Das ist nicht nur unambitioniert, sondern verantwortungslos.

Die Sensibilisierungsmaßnahmen der Regierung würden allenfalls die ohnehin unzureichenden Ziele der EU-Richtlinie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung erfüllen: nur 10 % weniger Verschwendung in der Produktion und 30 % im Einzelhandel, in Restaurants und Haushalten bis 2030. Die Landwirtschaft bleibt völlig ausgeklammert. Das steht auch im klaren Widerspruch zum Nachhaltigkeitsziel 12.3, welches die Halbierung der Lebensmittelabfälle in allen Bereichen bis 2030 vorsieht – ein Ziel, zu dem sich auch Luxemburg verpflichtet hat.

Am 30. April lehnte die Regierung zudem die Motion 4542 von Joëlle Welfring gegen Lebensmittelverschwendung ab, obwohl sie von der gesamten Opposition getragen wurde. Die Argumentation der Regierungsparteien bei der Debatte in der Chamber zeigt, wie wenig Problembewusstsein vorhanden ist. Jeff Boonen behauptete, Sensibilisierung reiche aus, obwohl längst bekannt ist, dass Wissen allein Verhalten kaum verändert, was in der Verhaltensforschung als "Attitude-Behavior-Gap" bekannt ist. Verhaltensänderungen brauchen Zeit und Kapazitäten. Doch genau diese fehlen in Zeiten der Polykrise und wachsender sozialer Ungleichheit. Luc Emering behauptete angebliche negative Folgen für Supermärkte in Frankreich. Belege dafür gibt es nicht. Im Gegenteil: Das französische Gesetz aus dem Jahr 2016 sorgte nachweislich für gestiegene Spenden sowie gesenkte Entsorgungskosten und dient heute international als Vorbild.

In Zeiten der globalen Erwärmung und Ressourcenknappheiten bleibt das Bekämpfen der Lebensmittelverluste und -verschwendung dringender und wichtiger denn je. Das Wegwerfen verursacht mit rund 10 % der globalen Treibhausgasemissionen [1] dreimal so viel wie der gesamte weltweite Flugverkehr [2]! Gleichzeitig wird ein Drittel der Lebensmittel weggeworfen. Das bedeutet verschwendete Arbeitsstunden, Wasser, Transport und Dünger.

Die Lösungen existieren längst, aber die Regierung weigert sich, sie umzusetzen. Eine Spendenpflicht für noch genießbare Lebensmittel im Handel und in der Produktion gibt es in Frankreich, in Finnland und in der Tschechischen Republik. Alternativ könnte man die spendenden Betriebe von ihrer Haftung befreien, um die Spenden zu erhöhen, wie dies in Italien der Fall ist. Weitere wirksame Maßnahmen sind verpflichtende Preissenkungen für Lebensmittel kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeits- oder Verbrauchsdatums sowie für optisch nicht perfekte Ware, ein Verbot von All-you-can-eat-Angeboten, eine obligatorische Rabattierung von Vorbestellungen und die Verbesserung des Mehrwegsystems für Speisen.

Seit unserer Gründung haben die Freiwilligen von Foodsharing Luxembourg 1000 Tonnen Lebensmittel vor dem Müll bewahrt. Doch das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein im Vergleich zu dem, was erreicht werden könnte. Jedes Jahr, das vergeht, gehen Tonnen Lebensmittel, Ressourcen und Klimaschutz verloren. Was fehlt, ist nicht Wissen, sondern politischer Wille. Und genau daran scheitert diese Regierung.

[1] IPCC Special Report on Climate Change and Land, August 2019 (Chapter 5)

[2] Lee, David S., et al. "The contribution of global aviation to anthropogenic climate forcing for 2000 to 2018." *Atmospheric environment* 244 (2021): 117834.